

Klima- und Energie- Check

Frage 1: Teilen Sie die Ansicht nahezu aller WissenschaftlerInnen, dass der Mensch einen maßgeblichen Anteil an der globalen Temperaturerhöhung zu verantworten hat und insbesondere Industriestaaten wie Österreich bzw. die Europäische Union entsprechend Verantwortung bei der Vermeidung der Klimakatastrophe wahrzunehmen haben?

SPÖ: Ja.

ÖVP: Die wissenschaftliche Beweislage ist eindeutig. Der Mensch hat insbesondere durch die Emission von Treibhausgasen einen wesentlichen Anteil an der globalen Temperaturerhöhung zu verantworten. Aufgrund ihres historischen, aber auch gegenwärtigen klimatischen Fußabdrucks sind Industriestaaten besonders in der Pflicht, ihren Ausstoß an klimaschädlichen Gasen zu reduzieren. Wichtig ist, dass es gemeinsame globale Konzepte im Kampf gegen den Klimawandel gibt, die von allen Staaten einen fairen und ihren Möglichkeiten entsprechenden Beitrag einfordern. Hier bildet das Pariser Klimaabkommen eine solide Grundlage, zu dem wir uns voll bekennen.

FPÖ: (Antwort auf Frage 1 und 2) Klima- und Umweltschutz wird ein hoher Stellenwert eingeräumt! Der aktuelle Klimaschutzbericht offenbart ein Totalversagen der österreichischen Bundesregierung und insbesondere des ÖVP BM Ruppreecher auf dem Gebiet des Klimaschutzes! Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2015 insgesamt 78,9 Mio. Tonnen Treibhausgase emittiert. Gegenüber 2014 bedeutet das eine Zunahme um 3,2 % bzw. 2,5 Mio. Tonnen. Die wetter- und klimabedingten Schäden belaufen sich gemäß dem Bericht schon heute auf jährlich durchschnittlich rund 1 Mrd. EUR. Diese Schäden werden weiter steigen, wobei Szenarien Kosten zwischen jährlich 4,2-5,2 Mrd. EUR (mittleres Szenario) bis zu 8,8 Mrd. EUR (alternatives Szenario) prognostizieren. In diesen Berechnungen sind die Kosten der zu befürchtenden klimabedingten Migration noch gar nicht enthalten! Diese (mögliche) Entwicklung gilt es zu vermeiden. Hauptverantwortlich für den Anstieg an Treibhausgasen waren insbesondere die Emissionserhöhungen in den Bereichen Energie, Gebäude und Verkehr. Vor allem in diesen Bereichen sollen daher zumindest folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen
- Attraktivierung umweltfreundlicher Treibstoffe
- Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke
- Konsequente Ablehnung der Kernkraft
- Attraktivierung der thermischen Sanierung des österreichischen Wohnhausbestandes zur Senkung des Energiebedarfs.
- Einsatz neuer Technologien bei individuellen Verkehrsmitteln
- Ausbau und bedarfsgerechte Adaptierung des öffentlichen Verkehrs

Greenpeace in Zentral und Osteuropa

1100 Wien, Fernkorngasse 10
Tel: (+43 1) 545 45 80, Fax: (+43 1) 545 45 88

- Einführung eines Österreich-Tickets für alle öffentlichen Verkehrsverbindungen
- Erstellung einer umfassenden österreichischen Infrastruktur-Gesamtstrategie
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

Wir lehnen die Nutzung der Kernkraft, die nach dem Pariser Klimavertrag zulässig ist, konsequent ab. Weiters den globalen Emissionsrechtehandel, die Finanzierung sogenannter Umweltförderung im Ausland sowie Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung, weil sie eine faktische Umverteilung erheblicher Geldmittel und eine (versteckte) Auslandshilfe ohne entsprechende Kontrollmöglichkeiten darstellen. Im Zusammenhang mit dem Klimavertrag von Paris ist nicht nachvollziehbar, dass Entwicklungsländer trotz finanzieller Hilfe länger Treibhausgase emittieren dürfen, als Industriestaaten.

Grüne: Ja, diese Ansicht teilen wir uneingeschränkt. Die Europäische Union – und speziell Österreich – wird dieser Verantwortung aktuell nicht gerecht. Zur Abwendung des Klimakollapses ist der Komplettausstieg aus fossiler Energie für Industriestaaten bis spätestens 2050 notwendig. Österreichs Treibhausgasemissionen steigen derzeit wieder und langfristige Klimaschutzziele fehlen ganz.

NEOS: Wir halten den Beitrag des Menschen zum Klimawandel für wissenschaftlich abgesichert und bekennen uns dazu, politisch die Weichen in Richtung Reduktion der Treibhausgasemissionen zu stellen.

Frage 2: Sind Sie der Meinung, dass Österreich das Ziel einer Dekarbonisierung bis zur Mitte des Jahrhunderts gesetzlich festschreiben soll sowie entsprechende Zwischenziele bis 2030 festzulegen hat, wie 100 % Stromversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger, eine Reduktion des Energieverbrauchs um 30 % gegenüber 2005 und eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 60 % des Endenergiebedarfs (Basis 2005)?

SPÖ: Durch eine isolierte, gesetzliche Festlegung ist noch kein einziges Gramm CO₂ eingespart, vor allem da sich die Frage der Sanktionierbarkeit einer derartigen Norm stellt. Weiters müsste, vor allem im Kontext von Zwischenzielen, vor einer entsprechenden Festlegung zunächst die Effort-Sharing-Entscheidung auf europäischer Ebene abgewartet werden. Eine entsprechende Festlegung wird im Anschluss daran im Klimaschutzgesetz verankert werden. Der weitere Weg, der vor Österreich liegt, muss zunächst in einer integrierten Klima- und Energiestrategie festgelegt werden. Umso mehr bedauern wir, dass durch die einseitige Aufkündigung der Regierungsarbeit seitens der ÖVP dieses Vorhaben nicht umgesetzt werden konnte.

ÖVP: Nicht erst seit dem Klimaschutzabkommen von Paris, das Österreich als eines der ersten Länder ratifiziert hat ist klar, dass der Kampf gegen den Klimawandel einer

der großen Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist. Wir wollen aus der Dekarbonisierung eine Erfolgsgeschichte für Österreich machen. Österreich muss seine Potenziale in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt nutzen. Nur so können wir die Transformation des Energiesystems vorantreiben und beweisen, dass Klimaschutz ohne Atomenergie funktionieren kann – und muss!

Damit wir im Einklang mit anderen Industriestaaten und unter Einschluss aller Sektoren weitgehend ohne klimaschädliche Emissionen auskommen können – und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung schaffen – braucht es klare Ziele und eine klare Perspektive. In der Europäischen Union haben wir uns darauf geeinigt, den Ausstoß an Treibhausgasen in Etappen zu reduzieren. Hier wird zwischen Emissionen, die vom Handel mit CO₂-Zertifikaten erfasst sind, und solchen, die es nicht sind, unterscheiden. Bis 2020 haben wir in Österreich das Ziel, 10 % der Emissionen zu reduzieren, und sind auf gutem Weg, dieses Ziel zu erreichen. Bis 2030 sind es dann 43 % und auf EU-Ebene sollen es bis 2040 minus 60 % und 2050 minus 80 % sein. Das bedeutet natürlich eine konzentrierte Kraftanstrengung über alle Sektoren hinweg, aber wir stehen zu unserer Verantwortung, die wir gegenüber der nächsten Generation haben.

FPÖ: (Antwort auf Frage 1 und 2) Klima- und Umweltschutz wird ein hoher Stellenwert eingeräumt! Der aktuelle Klimaschutzbericht offenbart ein Totalversagen der österreichischen Bundesregierung und insbesondere des ÖVP BM Rupprechter auf dem Gebiet des Klimaschutzes! Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2015 insgesamt 78,9 Mio. Tonnen Treibhausgase emittiert. Gegenüber 2014 bedeutet das eine Zunahme um 3,2 % bzw. 2,5 Mio. Tonnen. Die wetter- und klimabedingten Schäden belaufen sich gemäß dem Bericht schon heute auf jährlich durchschnittlich rund 1 Mrd. EUR. Diese Schäden werden weiter steigen, wobei Szenarien Kosten zwischen jährlich 4,2-5,2 Mrd. EUR (mittleres Szenario) bis zu 8,8 Mrd. EUR (alternatives Szenario) prognostizieren. In diesen Berechnungen sind die Kosten der zu befürchtenden klimabedingten Migration noch gar nicht enthalten! Diese (mögliche) Entwicklung gilt es zu vermeiden. Hauptverantwortlich für den Anstieg an Treibhausgasen waren insbesondere die Emissionserhöhungen in den Bereichen Energie, Gebäude und Verkehr. Vor allem in diesen Bereichen sollen daher zumindest folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen
- Attraktivierung umweltfreundlicher Treibstoffe
- Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke
- Konsequente Ablehnung der Kernkraft
- Attraktivierung der thermischen Sanierung des österreichischen Wohnhausbestandes zur Senkung des Energiebedarfs.
- Einsatz neuer Technologien bei individuellen Verkehrsmitteln
- Ausbau und bedarfsgerechte Adaptierung des öffentlichen Verkehrs
- Einführung eines Österreich-Tickets für alle öffentlichen Verkehrsverbindungen
- Erstellung einer umfassenden österreichischen Infrastruktur-Gesamtstrategie
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

Wir lehnen die Nutzung der Kernkraft, die nach dem Pariser Klimavertrag zulässig ist, konsequent ab. Weiters den globalen Emissionsrechtehandel, die Finanzierung sogenannter Umweltförderung im Ausland sowie Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung, weil sie eine faktische Umverteilung erheblicher Geldmittel und eine (versteckte) Auslandshilfe ohne entsprechende Kontrollmöglichkeiten darstellen. Im Zusammenhang mit dem Klimavertrag von Paris ist nicht nachvollziehbar, dass Entwicklungsländer trotz finanzieller Hilfe länger Treibhausgase emittieren dürfen, als Industriestaaten.

Grünen: Ja. Seit Beschluss des Pariser Klimaabkommens haben wir Grünen 21 Anträge zur Anpassung der klima- und energiepolitischen Instrumente an die Erfordernisse zur Einhaltung der Pariser Ziele eingebracht. Alle Anträge wurden von den Regierungsfractionen vertagt oder abgelehnt. In der letzten Plenarsitzung am 20.9. 2017 haben wir nochmals einen Antrag zur Novelle des Klimaschutzgesetzes zur Verankerung des Ziels einer Dekarbonisierung bis 2050 zur Abstimmung gebracht. Leider wurde dies wieder mehrheitlich abgelehnt.

NEOS: Ja, wir halten speziell das Ziel der Stromversorgung aus Erneuerbaren zu 100% zu bestreiten für realistisch, wenn jetzt Anstrengungen dahingehend unternommen werden. Auch das sukzessive Zurückdrängen der fossilen Energieträger ist absolut notwendig.

Frage 3: Sind Sie dafür, die Gebäudestandards im Bund und in den Ländern derart anzupassen, dass ab sofort keine neuen Ölheizungen in österreichischen Haushalten errichtet werden dürfen, auch nicht bei Ersatz alter Ölkessel, und ausschließlich saubere Energieträger eingesetzt werden?

SPÖ: Ein in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten des BMLFUW kommt zum Schluss, dass ein gesetzliches Verbot von Ölheizungen aufgrund der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung von den Ländern zu erlassen wäre. Im Burgenland oder Wien, wo die SPÖ seit langem in Regierungsverantwortung ist, konnte die Ölheizung bereits erfolgreich zurückgedrängt werden.

ÖVP: Wir wollen den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf Erneuerbare Energie auch im Wärmebereich verstärkt forcieren, eine Wärmewende ist notwendig. Diese wollen wir vor allem über positive Anreize und Aufklärung erreichen.

FPÖ: Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele und schafft darüber hinaus zahlreiche Arbeitsplätze. Wir betrachten unter anderem Fördermaßnahmen für neue Energieträger als geeignete Lenkungsmaßnahmen, die jedoch nur temporär zu ergreifen sind, denn über lange Sicht wird das Verwenden von erneuerbaren

Energieträgern wirtschaftlicher sein als der Transport und das Verbrennen von Öl oder Gas.

Grüne: Ja. Dafür setzen wir uns vehement ein. Wir wollen außerdem die Subventionierung fossiler Heizsysteme beenden und stattdessen eine bundesweite Kesseltauschförderung zur finanziellen Unterstützung für einkommensschwache Haushalte beim Umstieg auf erneuerbare Raumwärmesysteme einführen.

NEOS: Das Verbrennen des wertvollen Rohstoffs Erdöl und damit die direkte Verwandlung in Wärmeenergie ist auch im Sinne der kaskadischen Nutzung von Rohstoffen völlig unsinnig. Wir sind der Meinung, dass Öl als Heizmaterial nicht mehr zeitgemäß ist. Näheres präsentieren wir demnächst mit unserem Vorschlag zur ökologischen Steuerreform.

Frage 4: Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode auf nationaler und europäischer Ebene wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen, um Druck auf die Industrie auszuüben, langlebigere und auch reparierbare Produkte inklusive aller notwendigen Ersatzteile anzubieten, und sind Sie dafür, Reparatur-Dienstleistungen zu fördern oder steuerlich zu begünstigen?

SPÖ: Diese Anliegen unterstützen wir natürlich. Im Plan A von Bundeskanzler Kern findet sich dazu auch ein konkreter Vorschlag zur Reparaturprämie: Die Rechnung einfach bei der zuständigen

Förderstelle einreichen und eine Prämie von 50 Prozent und maximal 600 Euro pro Person und pro Jahr kassieren. Gefördert wird insbesondere die Reparatur von Fahrrädern, Schuhen, Kleidung, Lederwaren und Elektrohaushaltsgeräten (Kühlschränke, Waschmaschinen, Öfen, Handy, Stereoanlage, Computer etc.). Die Förderung gilt ausschließlich für Privatpersonen und bezieht sich auf die Arbeits- und Anfahrtskosten, nicht aber auf die Materialkosten. Ausgenommen sind Bauleistungen und KFZ-Reparaturen.

ÖVP: Im Dezember 2015 hat die Europäische Kommission ihr Kreislaufwirtschaftspaket veröffentlicht. Die Themen Produktgestaltung, nachhaltige Produktionsprozesse und nachhaltiger Konsum sowie Langlebigkeit und Reparatur sind im Aktionsplan enthalten. Derartige Maßnahmen und Schritte müssen jedenfalls auf EU-Ebene gesetzt werden, da die Produktion von diversen Gütern nur teilweise in Österreich stattfindet. Wir setzen uns jedenfalls dafür ein, dass konkrete Maßnahmen auf EU-Ebene gesetzt werden.

FPÖ: Die Langlebigkeit und die Reparaturfähigkeit von Produkten bringen große umwelt- und arbeitsmarktpolitische Vorteile mit sich. Vor allem auf EU-Ebene sollte die Industrie in die Pflicht genommen werden entsprechende Waren herzustellen. Die Förderung sowie die Begünstigung von Reparatur-Dienstleistungen betrachten wir grundsätzlich positiv. Weiters sind wir für die Setzung effizienter Maßnahmen zur

Förderung von Mehrwegverpackungen. Das Ziel stellt die Anhebung der Mehrwegquote auf ein ökologisch-ökonomisches Optimum dar.

Grüne: Ja. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits Initiativen ergriffen und Vorschläge erarbeitet, die von den Regierungsparteien jedoch vom Tisch gefegt wurden. Wir fordern von der Regierung umfassende Maßnahmen, um die Lebens- und Nutzungsdauer von Produkten zu verlängern und geplante Obsoleszenz zu bekämpfen. Hersteller müssen Produkte langlebig und reparaturfreundlich produzieren. Unserer Erfahrung nach können kaputte Elektrogeräte, wie z.B. Waschmaschinen, binnen einer Arbeitsstunde repariert werden - unter folgenden Voraussetzungen: Das Gehäuse des Geräts lässt sich (leicht) öffnen und das kaputte Ersatzteil, der kaputte Akku ist auf dem Markt erhältlich. Damit sich Reparieren wieder lohnt, müssen die Rahmenbedingungen für unabhängige Reparaturdienstleistungsbetriebe verbessert werden, unter anderem durch steuerliche Entlastungen bei der Reparatur und beim Verkauf von reparierten Produkten. Derzeit ist es billiger, Produkte neu zu kaufen oder sie nach einer kurzen Gebrauchsphase zu verbrennen, anstatt zu reparieren oder zu recyceln. In unserer Vision einer ökosozialen Steuerreform werden die Abgaben auf Arbeit gesenkt und die Abgaben auf Ressourcenverbrauch und -verschmutzung erhöht.

NEOS: Wir unterstützen die Ideen der Europäischen Kommission zum Thema Kreislaufwirtschaftspaket und circular economy. Wir müssen Produkte favorisieren, die über den gesamten Lebenszyklus sinnvoll einzusetzen sind und leichter zu recyceln.

Frage 5: Soll Österreich dem Beispiel anderer Staaten wie Schweden, Dänemark und Frankreich folgen und zur Gegenfinanzierung einer spürbaren Steuerentlastung des Faktors Arbeit die Abgaben und Steuern auf klimaschädliche Aktivitäten wie den Verbrauch fossiler Energieträger und anderer CO₂-intensiver Produkte wesentlich erhöhen?

SPÖ: Die SPÖ hat in ihrem Wahlprogramm einen Vorschlag zur Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen gemacht, der mit realistischen Annahmen vollständig und ohne Sozialabbau gegenfinanziert ist. Dazu zählt die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, die Einführung einer gerechten Erbschafts- und Schenkungssteuer ab 1 Mio. Euro für die 2-3 Prozent der Reichsten in unserem Land oder die Beibehaltung des 55 Prozent-Steuersatzes für Einkommen ab 1 Mio. Euro. Auch die Ökologisierung der Energieversorgung ist ein Schwerpunkt des SPÖ-Wahlprogrammes, allerdings eignen sich Steuern nicht als isolierte Maßnahmen, um auf ökologische Energieträger umzusteigen, da sie auf fossile Energieträger erhoben werden und damit die niedrigen Einkommen massiv betreffen würden. Daher ist ein fairer und sozialer Ansatz, die effizientere Verwendung und Ökologisierung der Energieträger (Energiewende) zu fördern. Diese ökologische Energie soll für alle, insbesondere auch für die niedrigen Einkommen, leistbar gemacht werden. Auf diesem Weg sollen über mehrere Jahre fossile Energieträger durch nachhaltige und ökologisch

regenerierbare ersetzt werden.

ÖVP: Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist in unserem Land bereits jetzt zu hoch. Wir lehnen die Einführung neuer Steuern daher grundsätzlich ab. Statt neuer Belastungen wollen wir unsere Klimaziele über gezielte Anreize und die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen erreichen. Die Gegenfinanzierung der Steuerentlastung auf Arbeit planen wir über höheres Wachstum, eine Ausgabenbremse sowie Effizienzsteigerungen etwa in der Verwaltung, bei den Sozialversicherungen und durch die Bekämpfung von Steuerfluch sicherzustellen.

FPÖ: Freiheitliche Steuerpolitik will die Steuer- und Abgabenlast massiv senken, die Staatsausgaben merkbar verringern und auf das Wesentliche ausrichten. So wird Österreich wieder wettbewerbsfähig. Denn Österreich hat ein Ausgabenproblem – und kein Einnahmenproblem. Die Entlastung der Bevölkerung und der Unternehmen Österreichs muss über Einsparungen und Verwaltungsreformen finanziert werden. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, die Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent auf maximal 40 Prozent abzusenken. Das würde im Endeffekt auf heutiger Basis fast 12 Milliarden Euro mehr jährlich in den Taschen der Bürger belassen. Eine gewaltige Summe, mit der die Österreicher nachhaltig entlastet würden. Wichtig ist für uns die Abschaffung der Kalten Progression. Die bisher fixen Steuer-Tarifstufen im Einkommensteuergesetz bringen dem Finanzminister auf Grund der „Kalten Progression“ jedes Jahr Zusatzeinnahmen in Milliardenhöhe. Erforderlich ist auch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge im unteren Einkommensbereich.

Weiters haben wir ein Familienentlastungsmodell entwickelt, welches alternativ zur normalen Tarif-Besteuerung gewählt werden kann. Kinder dürfen zu keiner untragbaren finanziellen Belastung werden. Das verbleibende Nettoeinkommen eines einzigen qualifizierten vollzeitbeschäftigten Familienangehörigen muss im Bedarfsfall ausreichen, um der ganzen Familie das Auskommen zu ermöglichen. Die FPÖ bekennt sich zum Aufbau von Eigentum und Vermögen. An erster Stelle dabei steht der Erwerb oder der Bau einer eigenen Wohnung oder eines eigenen Hauses. In Österreich leben nur 57 Prozent der Bevölkerung im Eigentum, während der EU-Durchschnitt 70 Prozent erreicht. Internationale Großkonzerne nützen in der EU Steuerschlupflöcher und verschieben Gewinne von einer Steueroase zur nächsten, von einer Briefkastenfirma auf eine Karibikinsel und zurück, bis nichts mehr bleibt, was zu versteuern wäre. Das muss in der EU, das muss in Österreich ein Ende finden. Die Freiheitlichen sind der Meinung, dass Gewinne dort versteuert werden müssen, wo sie entstehen. Österreichs Vertreter in Brüssel sind aufgefordert, hier endlich entschlossen aufzutreten. Dem österreichischen Finanzminister entgehen Milliarden, die Österreich zustehen und sinnvoll investiert werden könnten. Die Einführung neuer Steuern und Abgaben, die lediglich der (Gegen)Finanzierung der Entlastung des Faktors Arbeit dienen, wird von uns abgelehnt.

Grünen: Ja, unbedingt. CO₂ hat in Österreich de facto keinen Preis, fossile Energieträger werden hingegen jährlich mit über vier Milliarden Euro subventioniert. Wir Grünen kämpfen seit Jahren für eine aufkommensneutrale ökosoziale

Steuerreform. Unser Modell sieht vor, die Kostenbelastung auf den Faktor Arbeit zu senken und die Abgaben auf CO2 stufenweise anzuheben.

NEOS: Ja, die Besteuerung von CO2-intensiven Produkten wird einen wichtigen Lenkungseffekt haben. Näheres demnächst in unserem Vorschlag zur ökologischen Steuerreform.

Frage 6: Treten Sie für Maßnahmen ein, die konsequent den Gesundheitsschutz vor Konzerninteressen stellen und damit ähnlich wie in anderen Staaten das Ziel verfolgen, den Ausstieg aus dem Dieselantrieb für PKW umzusetzen sowie der Automobil-Industrieklare Vorgaben mit strengen Emissionslimits und entsprechender Überprüfung zu machen?

SPÖ: Die Autokonglomerate haben mit ihren zum Teil illegalen, aber jedenfalls unseriösen Praktiken großen Schaden an Mensch und Natur angerichtet. Dafür müssen sie geradestehen und aus eigener Kraft Missstände beheben. Durch die öffentlichen Debatten geht nun endlich auch die europäische Regulierung in Richtung aussagekräftiger Teststandards wie dem Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure-Zyklus, kurz WLTP, und den zusätzlichen Real Driving Emissions (RDE)-Tests. Eine strengere Typisierung und Marktüberwachung wird gerade auf europäischer Ebene verhandelt und von der SPÖ ebenso unterstützt wie strengere Limits bei den CO2-Flottenzielen, bei denen noch heuer ein Vorschlag der EU-Kommission vorliegen soll. All diese Schritte tragen zu einer Minderung der Abgaswerte bei. Dennoch steht außer Frage, dass das eigentliche Ziel – die Dekarbonisierung des Verkehrssektors – vor allem durch eine deutliche Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr und emissionsfreie Antriebe im Straßenverkehr erreicht werden muss. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alternative Antriebe spätestens 2030 in jeglicher Hinsicht gleichwertig mit fossilen Antrieben sind und daher 100 Prozent emissionsfreie Neuzulassungen möglich sind, scheint ein lohnendes Ziel.

ÖVP: Der Verkehrsbereich muss natürlich einen großen Beitrag zur Erreichung unserer umwelt-, klima- und energiepolitischen Ziele leisten. Aus unserer Sicht muss der Weg in Richtung Dekarbonisierung des Verkehrssystems möglichst umweltfreundlich, kosteneffizient, marktorientiert und technologieneutral erfolgen. Vorgaben und Ziele müssen ambitioniert aber realistisch sein. Wichtig ist, dass wir die Autofahrerinnen und Autofahrer bei allen Maßnahmen mitnehmen und nicht verunsichern. Daher wollen wir auf starke Anreize statt auf Verbote und Zwang setzen. Damit wir unsere Ziele erreichen, ist es zudem wichtig, die drei Sektoren – Strom, Wärme und Verkehr – zunehmend zu koppeln. Eine stärkere Elektrifizierung von Wärmeversorgung und Verkehr bei gleichzeitiger enger Verzahnung mit der Elektrizitätswirtschaft, die verstärkt auf erneuerbare Energien setzt, ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg. Außerdem bringt die Digitalisierung zahlreiche Chancen auch im Straßenverkehr – Carsharing und Mitfahrbörsen sind nur zwei Anwendungsbereiche.

FPÖ: Maßnahmen zur Verringerung der Gesundheitsgefährdung durch Luftverschmutzung, etc. sind jedenfalls notwendig und zu begrüßen. Aus unserer Sicht können durch die Verwendung umweltfreundlicher Treibstoffe Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden.

Grünen: Ja, wir werden uns weiter – wie in den letzten Jahren bereits z.B. mit gemeinsamen Länder-Initiativen gegen Chiptuning und andere Abgasmanipulationen der Kfz-BesitzerInnen oder mit der Strafanzeige von zwei Grün-Abgeordneten gegen die Verursacher des VW-Abgasskandals unmittelbar nach dessen Aufliegen im Herbst 2015 wegen vorsätzlicher Gemeingefährdung und Umweltgefährdung – für klare Verhältnisse und Vorgaben an die betrügerischen Konzerne starkmachen.

NEOS: Bei den Emissionen haben wir tatsächlich Schwierigkeiten, die Limits, die seitens der EU vorgegeben sind, zu erreichen. Hier fordern wir deutlich mehr Anstrengungen. Für ein Dieserverbot mit Jahr X treten wir nicht ein, aber für verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, um zuerst die Brückentechnologie E-Mobilität leistbarer und leistungsfähiger zu machen und in weiterer Folge Power To Gas und weitere Zukunftstechnologien nutzen zu können.

Frage 7: Noch immer werden umweltfreundliche Verkehrsmittel wie die Bahn in unserem Steuer- und Abgabensystem benachteiligt. So wird auf Flugtickets beispielsweise keine Umsatzsteuer erhoben, während Bahnreisende zur Kasse gebeten werden. Fluglinien genießen außerdem das Privileg, dass auf Kerosin keine Mineralölsteuer aufgeschlagen wird. Darüber hinaus sind LKW auf Grund niedriger Besteuerung fossiler Kraftstoffe sowie nur teilweise vorhandenen Mautsystemen preislich klar im Vorteil gegenüber dem Güterverkehr auf Schiene. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode die notwendigen Maßnahmen setzen, um diesbezüglich einen fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerb unter den einzelnen Verkehrsträgern zu gewährleisten?

SPÖ: Ganz wesentlich zur Zielerreichung einer nachhaltigen Emissionsreduktion kann die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße beitragen. Die Verlagerung von der Straße auf die Schiene wollen wir dabei weiterhin besonders forcieren.

Hierzu bedarf es einerseits einer leistungsfähigen Infrastruktur, aber andererseits auch wirkungsvoller verkehrspolitischer Rahmenbedingungen. Wir bekennen uns daher klar zum Ausbau der Schiene, zur Attraktivierung des Güterverkehrs auf der Schiene und zur bestmöglichen Nutzung der Wasserstraße.

Es steht auch außer Zweifel, dass es ein vorrangiges Ziel sein muss, Kostenwahrheit im Verkehr sicherzustellen. Hier wurden in den letzten Jahren auch etliche Anstrengungen unternommen. So werden zum Beispiel im Bereich der LKW-Maut seit 1. Jänner nunmehr auch die sogenannten externen Kosten des Schwerverkehrs, konkret der Schadstoffausstoß und die Lärmbelastung, eingerechnet. Damit konnte ein wesentlicher Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung des Verkehrs gesetzt werden.

Es steht aber außer Zweifel, dass hier noch weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. Wir sehen hier insbesondere auf Ebene der Europäischen Union massiven Handlungsbedarf. Das betrifft einerseits die europaweite Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards. Die Lenk- und Ruhezeiten müssen vereinheitlicht und streng kontrolliert sowie Dumpinglöhne bekämpft werden. Andererseits sollten in die LKW-Maut beispielsweise zusätzliche externe Kosten des Straßenverkehrs, etwa Stau und CO₂-Ausstoß, eingerechnet werden. Im Bereich des Luftverkehrs sprechen wir uns für die Einführung einer Kerosinsteuer aus. Allerdings muss eine solche Besteuerung im internationalen Gleichklang eingeführt werden, da internationale Verträge hier nationale Alleingänge untersagen.

ÖVP: Uns ist es wichtig, die Mobilität der Menschen zu unterstützen und ihnen dabei möglichst große Wahlfreiheit zu ermöglichen. Wir wollen keine Verkehrsmittel gegeneinander ausspielen, sondern uns für ein funktionierendes Miteinander einsetzen. So sind die Unterstützung eines zukunftsorientierten Individualverkehrs – etwa durch ein flächendeckendes überregionales Straßenerhaltungsmanagement sowie den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos – und die gleichzeitige Förderung des öffentlichen Verkehrs für uns kein Widerspruch. Durch die Einführung eines „Österreich-Tickets“ möchten wir beispielsweise alle öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich mit einer Karte nutzbar machen und zusätzlich zahlreiche Ermäßigungen bei Unternehmen ermöglichen. Zudem denken wir die Nutzung von Technologie an, die eine streckengenaue Abrechnung von Fahrtwegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht und gleich automatische Rabatte bei Verspätungen von Bus oder Bahn gibt. So schaffen wir positive Anreize für eine verstärkte Nutzung von „Öffis“ im Interesse der Menschen und zum Schutz unseres Klimas.

FPÖ: Nachhaltigkeit ist auch im Verkehr wichtig. Der öffentliche Verkehr muss (weiter) ausgebaut und bedarfsgerecht adaptiert werden. Die FPÖ bekennt sich aber auch zum Individualverkehr. Neue Technologien ermöglichen in immer höherem Ausmaß eine umweltschonende Nutzung individueller Verkehrsmittel.

Wir Freiheitlichen anerkennen die wachsende Beliebtheit des Radverkehrs sowie insbesondere seine umweltpolitische Bedeutung. Der Radverkehr ist eine gewollte und sinnvolle Ergänzung zum motorisierten Individualverkehr sowie zu den bestehenden Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs.

Dass wir Maßnahmen unterstützen, die der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene aber auch auf das Wasser dienen, versteht sich von selbst.

Wichtig ist die optimierte Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern zur Ermöglichung einer ökonomisch und ökologisch idealen Verkehrsmittelwahl.

Grüne: Ja, das Herstellen fairer Verhältnisse zwischen den Verkehrsträgern im Sinne von Steuergerechtigkeit und Kostenwahrheit ist uns ein großes Anliegen und muss unter anderem durch die überfällige Umsetzung einer großen ökologisch-sozialen Steuerreform, die Abschaffung von ökologisch kontraproduktiven Subventionen und die Einbeziehung insbesondere der Luftfahrt, aber auch des Schiffsverkehrs, in entsprechend wirksame Regelwerke vorgebracht werden.

NEOS: Wir glauben, dass Kostenwahrheit hier ein Schlüssel ist, um weitere Maßnahmen setzen zu können. Diese muss zuerst vorliegen, dann muss entschieden werden, in welche Richtung wir die Verkehrssysteme weiterentwickeln.

Frage 8: Sind Sie dafür, das Wirtschaftswachstum in der Bundesverfassung als Staatsziel zu verankern und damit ein Festhalten an einem Paradigma einzuzementieren, das den Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und damit Entkopplung vom Wachstumszwang verhindert?

SPÖ: Die SPÖ hat das in der Frage erwähnte Ansinnen als Einladung zur Diskussion zu einer notwendigen Debatte und Auseinandersetzung über volkswirtschaftliche und ökologische Wechselwirkungen verstanden. Insofern war die Diskussion zwischen Politik und Zivilgesellschaft zu diesem Thema sehr fruchtbar und dementsprechend wurde diese Staatszielbestimmung eben nicht beschlossen. Aktuell sehen wir diese Debatte als beendet an. Aus unserer Sicht würden wir uns eine ähnlich belebte Debatte auch zu anderen wirtschaftspolitisch relevanten Themen wie Arbeitszeitverkürzung und Wertschöpfungsabgabe wünschen.

ÖVP: Uns ist wichtig, dass wir den Schutz von Klima und Umwelt sowie die Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand nicht als Widerspruch betrachten. Beide Ziele müssen gleichwertig nebeneinander stehen und sich gegenseitig ergänzen. Klimaschutz kann nie gegen die Menschen funktionieren, sondern muss im Gleichschritt mit den Lebensrealitäten und Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft vorangehen. Der Bürokratieabbau für Projekte zum Ausbau heimischer erneuerbarer Energien, die Sicherung einer dezentralen Energieversorgung, oder die Förderung von Forschung & Innovation in Zukunftsbereichen wie der Stromspeicherung sind beispielsweise Maßnahmen, die dem Klima helfen, gleichzeitig gut für unsere Wirtschaft sind und unserer ausgezeichneten Forschungslandschaft neue Betätigungsfelder eröffnen.

FPÖ: Eine Ausgewogenheit und Balance zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Erfordernissen einer nachhaltigen Umweltpolitik und des Klimaschutzes ist jedenfalls erforderlich.

Grüne: Nein, wir Grüne lehnen eine derartige Staatszielbestimmung mit Nachdruck ab! Wir sind schon bisher vehement gegen dieses als Anlassgesetzgebungsprojekt in der Causa 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat aufgetauchte Ansinnen eingetreten und werden Ideen für ein Staatsziel Wirtschaftswachstum nötigenfalls auch weiter bekämpfen.

NEOS: Wir halten die Verfassung für nicht geeignet, Lippenbekenntnisse wie Staatszielbestimmungen zu verankern. Entscheidungen müssen politisch gefällt

werden. Die Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und wirtschaftlicher Leistung ist uns ein wichtiges Anliegen.

Frage 9: Österreichische Unternehmen haben sehr gute Voraussetzungen und enorme Chancen, sich am globalen Weltmarkt für Klimaschutz-Technologien und Energie-Innovationen zu etablieren. Jedoch behindern schwierige Rahmenbedingungen und die Dominanz der fossilen Industrien häufig die Etablierung eines Heimmarkts, der neue Produkte und Dienstleistungen sowie innovative Unternehmensgründungen ermöglicht. Sind Sie bereit, neue Akzente in den heimischen Energiemärkten zu setzen, indem das Energieeffizienzgesetz auch in der Umsetzungsgestaltung einen echten Markt für Energieeffizienz ermöglicht und die Anrechnung von Scheinmaßnahmen verhindert?

SPÖ: Das Energieeffizienzgesetz, welches im Kern seitens der SPÖ entwickelt wurde, ist aus unserer Sicht ein zentrales Instrument zur Erreichung unserer Klima- und Energieziele. Dementsprechend würden wir derartige Initiativen nicht nur unterstützen, sondern selbst setzen. Wir fordern eine strengere Prüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen sowie eine Erhöhung der Lieferantenverpflichtung von 0,6 auf 1,5 Prozent.

ÖVP: Am nachhaltigsten ist es noch immer, weniger Energie zu verbrauchen bzw. Energie effizienter zu verbrauchen. Bei der Energieeffizienz müssen wir verstärkt auf Innovation, Forschung und Entwicklung „Made in Austria“ setzen. Hier zählen innovative heimische Unternehmen – von Start-Ups bis zu Industriebetrieben – zur absoluten Weltspitze und sind oftmals Weltmarktführer. Diese Innovationskraft gilt es weiter zu forcieren, um die Potenziale für Green-Tech-Unternehmen, und damit Wachstum und Beschäftigung in und aus Österreich, zu nutzen. Nur ein innovativer Heimmarkt sichert uns internationalen Erfolg und forciert gleichzeitig regionale Wertschöpfung & Green Jobs. Gerade bei der Energieeffizienz ist es hier wichtig, durch Anreize und Impulse Innovationen zu forcieren. Die öffentliche Hand muss dabei Vorbild sein.

FPÖ: Wir benötigen dringend ein Energieeffizienzgesetz, das diesen Namen auch verdient, und das nicht Bürokratie und Belastungen verursacht. Tatsächlich ist es erforderlich, wie in der Überschrift zu dieser Frage zu lesen, den Markt für Energie-Innovationen zu entfesseln.

Grüne: Ja. Wir haben seit Beschluss des Energieeffizienzgesetzes gegen die nachträgliche Verwässerung durch die fossile Lobby massiv gekämpft. Leider war das Wirtschaftsministerium am Gängelband der Kammern gerne bereit, das eigene Gesetz über Luftbuchungen und Scheinmaßnahmen in seiner Wirksamkeit auszuhebeln. Wir Grüne werden uns weiterhin für echte Energieeffizienz einsetzen. Dazu gehört vordringlich eine Überarbeitung der anrechenbaren

Energieeffizienzmaßnahmen. Flankierend ist aber eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform unabdingbar, genauso wie eine Reparatur des europäischen Emissionshandels. Je früher wir diese Fehlanreize im Steuer- und Abgabensystem korrigieren, desto zielgerichteter und kosteneffizienter können die anderen Instrumente wie Energieeffizienzgesetz und Ökostromförderungen wirken.

NEOS: Ein sehr wichtiger Punkt für NEOS. Wir halten gerade Österreichs Green Economy für sehr leistungsfähig. Um ihr Potential aber noch weiter ausschöpfen zu können, würden wir zuerst die Effizienz des österreichischen Förderdschungels durchforsten und dann gezielt die Mittle einsetzen.

Frage 10: Zu den Unternehmen im Eigentum der Republik Österreich zählt auch die OMV mit einer staatlichen Beteiligung von 31,5%. Die Strategie der OMV baut jedoch weitgehend darauf auf, die Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferungen Russlands einzuzementieren. Im beginnenden Zeitalter der Dekarbonisierung wird die OMV so immer mehr zu einem Teil des Problems anstatt der Lösung.

Sind Sie der Ansicht, dass die OMV weiter wie bisher Profite auf Kosten des Klimaschutzes machen soll, oder dass das Unternehmen eine neue Strategie einschlagen sollte, die dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet ist und den Klimaschutz fördert?

SPÖ: Es ist festzuhalten, dass die Republik mit 31,5 Prozent Beteiligung an der OMV, welche über die ÖBIB gehalten werden, nur bedingt Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen der OMV AG hat. Weiters ist für den Vollzug des ÖBIB-Gesetzes das Bundesministerium für Finanzen zuständig. Die SPÖ könnte sich ganz grundsätzlich eine aktivere Eigentümerrolle der öffentlichen Hand bei den ÖBIB-Beteiligungen vorstellen. Leider war ein derartiges Vorgehen gemeinsam mit der ÖVP nicht möglich. Die SPÖ setzt sich mit ihrem Wahlprogramm für den Schutz und Ausbau der österreichischen Infrastruktur ein. Die Energie-, Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur muss von hoher Qualität sein und leistbar bleiben. Öffentliche Netze für Energie, Wasser, Verkehr und Kommunikation bleiben in öffentlicher Hand und sind „not for sale“. Zudem sollen keine strategisch wichtigen Unternehmen an Eigentümer aus Drittstaaten verkauft werden.

ÖVP: Bei allen Unternehmen mit staatlicher Beteiligung ist es im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, dass wirtschaftlich gearbeitet und auf eine positive Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit geachtet wird. Daneben sind natürlich auch staatsnahe Betriebe – so wie der gesamte öffentliche Sektor und auch die Privatwirtschaft – dazu angehalten, ihren fairen Beitrag zu Erreichung der österreichischen und europäischen Ziel des Pariser Klimaabkommens zu leisten.

FPÖ: Selbstverständlich sind die heimischen Unternehmen angehalten, erforderliche Umweltvorschriften und die entsprechenden Auflagen auch im Sinne des Klimaschutzes zu erfüllen und einzuhalten.

Grüne: Ja. Die OMV braucht dringend eine Strategie, wie sie Teil der Energiewende wird. Das ist sowohl im Interesse des Unternehmens als auch der Republik Österreich, die andernfalls von einem massiven Wertverlust des staatlichen Konzerns empfindlich getroffen würde. Indem öffentliche Unternehmen wie die OMV Milliardenbeträge in fossile Energie investieren, untergraben diese nicht nur jegliche Versuche, dem Klimawandel einhalten zu gebieten. Sie riskieren auch, dass diese Investitionen als „stranded investments“ verloren gehen, wenn der CO₂-Ausstoß verbindlich limitiert wird. Denn um die Erderwärmung (Ziel: 2 Grad) zu begrenzen, muss der Großteil der bekannten fossilen Energiereserven im Boden bleiben. Der Öl- und Gasmarkt steht also vor einem fundamentalen Umbruch. Ein Festhalten an dem Modell steigender Nachfrage und knapper werdenden Rohstoffangebots – und infolge steigender Preise – wird sich nicht fortsetzen lassen. Die Krise hat den Sektor bereits jetzt erfasst. Die Folgen sind massive Verluste, hohe Abschreibungen, Sparprogramme und Kündigungen. Auch die heimische OMV bleibt von diesen Entwicklungen nicht verschont. Angesichts der strukturellen notwendigen Veränderungen im Rahmen des Klimavertrags wird der Öl- und Gasmarkt außer Balance bleiben – und schließlich ganz verschwinden. Ob und wie sich die OMV bzw. der zuständige Finanzminister auf diese Veränderung vorbereitet, haben wir Grüne in einer Anfrage an die Bundesregierung abgefragt. Die Antwort hat beunruhigenderweise ergeben, dass es noch keinerlei Strategie für einen Umgang mit der OMV im Übergang zum postfossilen Zeitalter gibt.

NEOS: Ganz Europa ist noch sehr stark von russischem Gas abhängig, bei Öl ist es etwas differenzierter. Die Beispiele vieler Ölkonzerne zeigen aber, dass auch dort das Umdenken begonnen hat und auch auf Erneuerbare gesetzt wird. Das wir auch bestimmt die OMV so handhaben.